

*Liebe Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,*

in der letzten Ausgabe des Kommentar- und Informationsbriefes habe ich auf den Abbau von Demokratie in der EU hingewiesen. Das ist europäische Innenpolitik, mitgestaltet von der deutschen Bundeskanzlerin Merkel (CDU/CSU). In der deutschen Innenpolitik ist der bundesdeutsche Innenminister Schäuble (CDU/CSU), den politischen Bräuchen nach "Hüter der Verfassung", fleißig bemüht, mit erzeugter Terrorangst einen massiven Demokratie- und Freiheitsabbau durchzudrücken. Die zweite Regierungspartei, die SPD, geht auf Tauchstation, sieht man von dem fast verzweifelten gelegentlichen Widerstand der Justizministerin Brigitte Zypries ab.

Es ist nicht erkennbar, ob der Abbau der Freiheitsrechte in Deutschland eine Vorgabe us-amerikanischer Politik ist. Auf Seite 2ff beschreibe ich, wie US-Amerika in das Privateigentum der dortigen Oligarchen übergegangen ist. Es ist deshalb anzunehmen, daß die us-amerikanischen Machthaber es schätzen, wenn eine deutsche Regierung im vor-eiligen Gehorsam Freiheitsrechte abbauen und williges Kanonenfutter durch Angst und Schrecken erzeugen würde. Notfalls hilft die CIA mit ein paar Bombenanschlägen nach. In Italien ist das ja in früherer Zeit geschehen. Die Gesinnungsmuster haben sich nicht geändert.

Obwohl Demokratie, wobei unter Demokratie Parteiendemokratie, also die Herrschaft einer von den Parteien selbst definierten politischen Klasse verstanden wird, immer mehr von der politischen Oligarchie abgebaut wird, sind die Parteien so dreist (August 2007) und verlangen mehr Geld für ihr Tun. Die Parteien haben durch ihre bürgerferne und asoziale Politik immer mehr Mitglieder verloren. Es gibt für die Parteien keinen Anreiz, besser zu werden, denn sie holen sich das fehlende Geld "per Order de Mufti" vom Steuerzahler. Wir Bürger können uns nur weigern, die "staatstragenden" Bundes- und Landtagsparteien zu wählen. Wir Bürger müssen den "staatstragenden" Parteien mehr Volksentscheide abringen. Wir müssen immer mehr direkte Beteiligungen an politischen Entscheidungen verlangen. Dazu brauchen wir ein verfaßtes Reglement politischer Nachbarschaftsversammlungen, in denen wir Bürger Auge in Auge die notwendigen Diskussionen (Gespräche) miteinander führen, die Voraussetzungen für Entscheidungen sind.

Diese Entscheidungen müssen auch, mit noch zu bestimmenden Regeln, die Finanzpolitik betreffen. Die politische Oligarchie weiß genau, wie gefährlich es für sie wird, wenn man ihnen dieses Privileg aus den Händen windet.

Gleichzeitig zu den Steuergeld-Forderungen der Parteien "flammt" die Diskussion über ein NPD-Verbot wieder auf. Eine "partei-primitive" Diskussion, denn es ist doch wohl klar, daß Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und "pogromartige Anfälle" der Bevölkerung nach einem NPD-Verbot genauso vorhanden werden wie vorher. Ich habe schon deutschen Rassismus und deutsche Fremdenfeindlichkeit im Ausland durch deutsche Touristen erlebt. Dieses Gift ist vom Professor bis zum Hilfsarbeiter wirksam. Es kann nur minimiert werden, wenn sich Direkte Demokratie (nachbarschaftlich gegliederter Staat) und Parteien gegenseitig kontrollieren und wenn dadurch die Direkte Demokratie zu einer Volkshochschule für alle wird.

Kehren wir zu anderen Themen der Innenpolitik zurück. Michael Jäger beschreibt in FREITAG vom 17. August 2007 *Die Krise der Altparteien* u.a. mit folgenden Worten: > *Eine Umfrage ist zum Politikum geworden. Nachdem Allensbach starke Zugewinne für die Positionen Der Linken und sogar für die Idee des Sozialismus ermittelt hatte, gab Die Zeit eine weitere Umfrage bei Emnid in Auftrag, deren Ergebnisse noch brisanter sind. Die Brisanz liegt darin, daß es Mehrheiten für all das, was die Kanzlerin oder die große Koalition im Ganzen beharrlich ablehnen - den Mindestlohn, ein Ende der Privatisierungspolitik, die Rücknahme der Rente mit 67, den Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan - unter den Anhängern sämtlicher Bundestagsparteien gibt. Es ist gesagt worden, die Große Koalition regiere gegen die Bevölkerung und stelle damit die Demokratie in Frage. Die Umfrage hat diese These plausibler gemacht, als sie es je war. Nachdem man uns den Begriff der gefühlten Temperatur eingetrichtert hat, sollen wir jetzt wohl lernen, daß dem gefühlten Sozialabbau kein wirklicher Verlust entspreche. Aber Demokratie heißt nun einmal, daß die Regierung die Ratio der Wählermehrheit anerkennt und sich an sie bindet. Wer meint, nur die Regierung wisse das Notwendige, während die Auffassung der Mehrheit laienhaft sei und nicht zähle, der nimmt schon den Standpunkt einer Diktatur ein. Das war nämlich schon immer die Selbstrechtfertigung von Diktaturen.* < Michael Jäger, der vermutlich von "direkter Demokratie" und der "politischen Nachbarschaft" nichts gehört hat, fängt an, die Parteien in "gute und schlechte", in "alt und neu"

einzuteilen und vergißt, daß "Partei" immer auch "Selbstherrschaft" heißt, weil die Struktur einer Partei mehr "Macht" als Selbstbestimmung hervorbringt.

Die us-amerikanische Immobilien- und möglicherweise eine aufkommende weltweite Wirtschaftskrise beschäftigt zur Zeit die veröffentlichte Meinung von Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen. Es gibt eine ganze Reihe von deutschen Banken und Fondsgesellschaften, die in diese Immobilienkrise verstrickt sind, mehr als zur Zeit ruchbar wird. Die Finanzaufsichten der Banken, die fast in allen "kapitalistischen" Staaten vorhanden sind, in Deutschland die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)**, haben total versagt. Wenn es um eine Verhinderung von Krediten an den deutschen Mittelstand geht, dann ist die **BaFin** sofort bereit, zu verschärfen und zu sanktionieren (Rating nach Basel II). Wenn es aber um die Geschäfte der Spekulanten geht, dann trifft man sich auf Events, wie die Empfänge heute heißen, bei Sekt und Kaviar, und ist sich einig - der Bürger muß im Zweifel abgezockt werden, denn der wäre ja geldgeil, sie, die Edlen im Nadelstreifenanzug nicht. Die formal abgewendete Pleite der Sächsischen Landesbank ist eines der gewissenlosen Beispiele im Umgang mit Geld. Auf Seite 3 unter "Textsplitter" finden Sie u.a. eine Fortsetzung dieses Themas. Ansonsten sind das Texte, die ich in einem anderen Zusammenhang geschrieben oder gefunden habe und sie anderswo nicht unterbringen kann.

Am 3. September kaufte ich im DEUTSCHEN THEATER in Berlin das Programmheft zu der Aufführung *Die Perser* von *Aischylos*. Ich fand in diesem Heft einen Text von Alain Ehrenberg, dessen ersten zwei Sätze folgendermaßen lauten: > *Die demokratische Moderne - darin liegt ihre Größe - hat uns mehr und mehr zu Menschen ohne Führer gemacht, uns nach und nach in die Situation versetzt, für uns selbst entscheiden und unsere eigenen Orientierungen konstruieren zu müssen. Wir sind reine Individuen geworden, und zwar in dem Sinne, daß uns kein moralisches Gesetz und keine Tradition sagt, wer wir zu sein haben und wie wir uns verhalten müssen.* < Ist es so? Ich würde gerne mit Ihnen darüber diskutieren!

Mit freundlichen Grüßen

(Dieter Kersten)
abgeschlossen am 14. September 2007

Wider dem Krieg

(D.K.) Vor 75 Jahren haben Wenige dem Slogan der KPD geglaubt, den ich im Rahmen abdrucke. Unsere Eltern, Groß- und Urgroßeltern haben 1932/33 mit Mehrheit Hindenburg und Hitler gewählt, obwohl, auch außerhalb der KPD, namhafte Persönlichkeiten vor Hindenburg, Hitler und dem vorhergesehenen Krieg gewarnt hatten.

Der abgewandelte Slogan 2007 soll genau so plakativ auf ein schon laufendes Geschehen aufmerksam machen. Es wird ja von vielen Deutschen rückblickend gesagt, daß wir 50 Jahre Frieden hinter uns haben. Haben wir wirklich Frieden gehabt? Wir haben 50 Jahre keine Flächenbombardements in Deutschland gehabt, keine Millionen "eigene" Tote, aber wir haben von den vielen Kriegen auf dieser Erde in den letzten 50 Jahren "profitiert". Krieg schafft immer noch mehr Arbeitsplätze, als die besten Konjunkturprogramme alter volkswirtschaftlicher Vorstellungen aller politischen Richtungen. In einer nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allen Dingen technisch globalisierten Welt spielt es fast keine Rolle mehr, wo ein Krieg stattfindet und wo und wie Menschen getötet werden. Je angepaßter an us-amerikanischen Vorgaben ein Volk oder eine "Volkswirtschaft" ist, desto mehr "profitiert" dieses Volk. Wir Deutschen sind sehr angepaßt und durchaus geldgeile Profiteure aller Kriege dieser Erde.

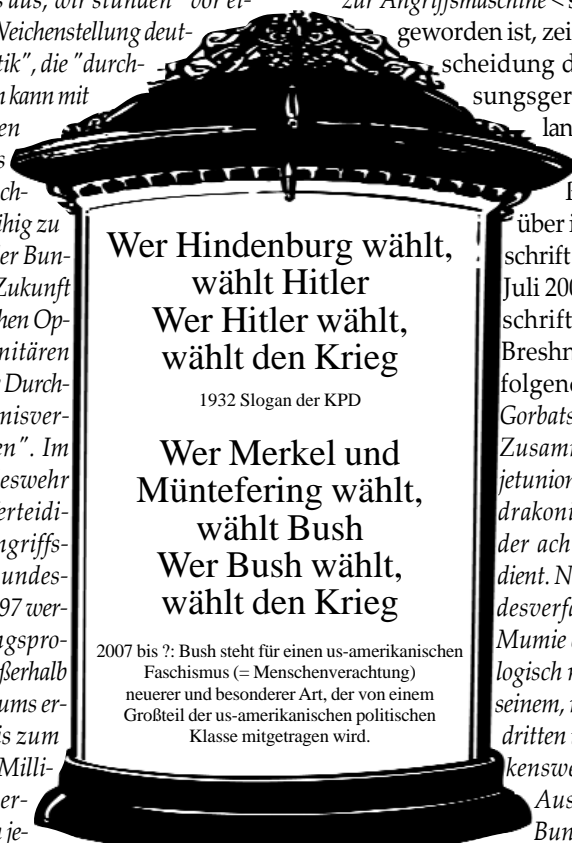
In der Wochenzeitschrift FREITAG vom 22. Juni schreibt Hans Wallow unter der Überschrift > Cocktailparty oder Bombentechnik < u.a. folgendes: > Obwohl von Demokratien umzingelt, sorgte die rot-grüne Koalition dafür, daß zwischen 1998 und 2005 der Verteidigungshaushalt kontinuierlich um durchschnittlich 700 Millionen Euro pro Jahr wachsen konnte. Schwarz-Rot bringt es nun im laufenden Haushaltsjahr auf 28,4 Milliarden Euro - die vorzugsweise dafür gedacht sind, neues Kriegsgerät zu erwerben, das die Angriffsfähigkeit der Bundeswehr steigert, obgleich die deutschen Streitkräfte laut Grundgesetz allein zur Verteidigung bestellt sind. Die Marschrichtung für mehr Steuergelder via Rüstung gibt Ludolf von Wartenberg vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) mit den Worten vor: "Deutsche Mitsprache bei der Gestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der EU und der Sicherheitspolitik des Bündnisses wie deutsche Mitsprache im Rahmen der europäischen und transatlantischen Zusammenarbeit setzen voraus, daß Deutschland auch Rüstungsfähigkeit einbringen kann." Und Tim Meyer, sein Kollege von der BDI-Abteilung für öffentliche Aufträge, fordert, daß der Verteidigungsetat für die nächsten zehn Jahre um jeweils 2,7 Milliarden steigen müsse. Das Startzeichen für den definitiven Umbau der Bundeswehr von einer verfassungsgemäßen Verteidigungsarmee zu einer das Grundgesetz ignorierenden Interventionsstreitmacht gab der SPD-Kanzler Schröder im November 1999 auf einer Kommandeurstagung der Bundeswehr. Wenige Monate zuvor hatte er durch deutsche ERC-Tornados vom Jagdbombengeschwa-

der 32 aus Lechfeld die jugoslawische Luftabwehr mit HARM-Raketen der US-Firma Texas Instruments bombardieren lassen. Die 236 von deutschen Kampfpiloten abgefeuerten Raketen zum Stückpreis von 200.000 Dollar hinterließen eine Vielzahl von Toten und Verkrüppelten. Schröder führte vor seinen Spitzenmilitärs aus, wir stünden "vor einer entscheidenden Weichenstellung deutscher Sicherheitspolitik", die "durchaus verglichen werden kann mit der Situation in den fünfziger Jahren, als es darum ging, Deutschland verteidigungsfähig zu machen." Einsätze der Bundeswehr würden in Zukunft "bis hin zu militärischen Optionen bei humanitären Einsätzen oder bei der Durchsetzung von Bündnisverpflichtungen reichen". Im Klartext: Die Bundeswehr wurde von einer Verteidigungsarmee zur Angriffsmaschine. Laut Bundeswehrplanung von 1997 werden für 215 Rüstungsprojekte, die Einsätze außerhalb des NATO-Territoriums ermöglichen sollen, bis zum Jahr 2015 etwa 220 Milliarden Euro an Steuergeldern benötigt. Um jederzeit interventionsfähig zu sein, sollen besonders Luftwaffe und Marine davon profitieren. Von diesen 220 Milliarden entfallen daher nur 15 Prozent auf das Heer, während für die Luftwaffe 25 und für die Marine über 40 Prozent veranschlagt werden. <

Die Regierung Merkel/Müntefering will den Krieg, den weltweiten Rohstoffkrieg. Sie folgt damit den Vorgaben der Regierung Bush bzw. einer politischen Klasse, die vermutlich noch in den nächsten Jahrzehnten das Sagen hat, wenn, ja wenn nicht die US-Bevölkerung und Europa den US-Völkermördern in die Arme fällt. Es hat immer mehr den Anschein, daß der gesamte Staat mit allen seinen Institutionen, die Vereinigten Staaten von Amerika, mit ihren Menschen, Rohstoffen, Häusern und Industrieanlagen bedingungsloses Eigentum einer Gruppe von Banken, Oligarchen und Firmenkonstruktionen geworden ist. Es gibt nicht nur keine demokratische Kontrolle der politischen und wirtschaftlichen Macht, sondern es gibt eine durch pseudoreligiöse (Um-)Erziehung, Propaganda, Einschüchterung und Fehlinformationen geprägte Gesellschaft, die eine pseudodemokratische Regierung anstandslos akzeptiert. Je ärmer und unwissender, durch mangelhafte Bildung, eine Bevölkerung wird, desto weniger wird die Bereitschaft vorhanden sein, die gesellschaftspolitischen Zustände zu ändern. Der Mittelstand in den USA ist fast mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Die US-Mittelklasse besteht meistens

aus hilflosen "Wissenschaftlern", geistig und moralisch verbogenen öffentlichen Angestellten und multinationalen Helfern von Ausbeutung, Krieg, Tod und Hunger. Wie sehr der Satz in dem Wallow-Artikel > Die Bundeswehr wurde von einer Verteidigungsarmee zur Angriffsmaschine < schon Wirklichkeit geworden ist, zeigt die neueste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über Auslandseinsätze der Bundeswehr. Jürgen Rose berichtet darüber in der Wochenzeitschrift FREITAG vom 20. Juli 2007 unter der Überschrift > Comeback der Breshnew-Doktrin < u.a. folgendes: > Mit der Ära-Gorbatschow, noch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion, hatten Breschnews drakonische Axiome Mitte der achtziger Jahre ausgedient. Nun aber hat das Bundesverfassungsgericht die Mumie exhumiert und ideologisch neu ausgestattet. Mit seinem, nach 1994 und 2001, dritten und wahrlich bemerkenswerten Urteil zu den

Auslandseinsätzen der Bundeswehr vom 3. Juli 2007 begründen die Verfassungsrichter, vermutlich ohne es überhaupt zu merken, nichts anderes als eine Doktrin des "euro-atlantischen Internationalismus" - und freundlich grüßt Genosse B. aus seiner Moskauer Gruft. Der globale Hege-monieanspruch der NATO, den das Bundesverfassungsgericht in seinem epochalen Urteilsspruch konstituiert, gründet laut Karlsruhe auf zwei Prämissen. Zum einen, so die Richter, "können, wie der 11. September 2001 gezeigt hat, Bedrohungen für die Sicherheit des Bündnisgebiets nicht mehr territorial eingegrenzt werden." Soll heißen: Da sich die Risiken globalisiert haben, darf demzufolge auch die atlantische Allianz global agieren und intervenieren. Um den Gebrauch militärischer Gewalt zu rechtfertigen, genügt nach Auffassung des Gerichts stets ein wie auch immer gearteter "Bezug zur eigenen Sicherheit im euro-atlantischen Raum" - und mag dieser auch noch so sehr an den Haaren herbeigezogen sein, wie etwa die Erklärung, von Afghanistan aus sei ein bewaffneter Angriff ge-



**Wer Hindenburg wählt,
wählt Hitler
Wer Hitler wählt,
wählt den Krieg**

1932 Slogan der KPD

**Wer Merkel und
Müntefering wählt,
wählt Bush
Wer Bush wählt,
wählt den Krieg**

2007 bis?: Bush steht für einen us-amerikanischen Faschismus (= Menschenverachtung) neuerer und besonderer Art, der von einem Großteil der us-amerikanischen politischen Klasse mitgetragen wird.

2007 begründen die Verfassungsrichter, vermutlich ohne es überhaupt zu merken, nichts anderes als eine Doktrin des "euro-atlantischen Internationalismus" - und freundlich grüßt Genosse B. aus seiner Moskauer Gruft. Der globale Hege-monieanspruch der NATO, den das Bundesverfassungsgericht in seinem epochalen Urteilsspruch konstituiert, gründet laut Karlsruhe auf zwei Prämissen. Zum einen, so die Richter, "können, wie der 11. September 2001 gezeigt hat, Bedrohungen für die Sicherheit des Bündnisgebiets nicht mehr territorial eingegrenzt werden." Soll heißen: Da sich die Risiken globalisiert haben, darf demzufolge auch die atlantische Allianz global agieren und intervenieren. Um den Gebrauch militärischer Gewalt zu rechtfertigen, genügt nach Auffassung des Gerichts stets ein wie auch immer gearteter "Bezug zur eigenen Sicherheit im euro-atlantischen Raum" - und mag dieser auch noch so sehr an den Haaren herbeigezogen sein, wie etwa die Erklärung, von Afghanistan aus sei ein bewaffneter Angriff ge-

IMPRESSUM

Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber und Redaktion: von Dieter Kersten im Verlag NEUE POLITIK GmbH.; Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030 - 822 52 11, Fax 030 - 821 62 88, www.neuepolitik.com, Email kersten@snaifu.de. Konto: NEUE POLITIK GmbH. bei der Berliner Bank AG., Konto-Nr. 3534323001, BLZ 100 200 00
Erscheinungsweise: neunmal im Jahr und kostet im Abonnement € 15,60 jährlich (europäisches Ausland € 18,-, außereuropäisches Ausland € 21,-). Eine Kündigung ist jeweils zum Abonnementsende möglich. Alle mit D.K. gekennzeichneten Beiträge stammen vom Herausgeber. Der Abdruck aller Beiträge ist mit Quellenangabe gestattet. Wir bitten um ein Belegexemplar.

gen die USA erfolgt. Kurzum: Immer wenn die NATO ihre Sicherheitsinteressen tangiert sieht, ist sie nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts weltweit automatisch zur Intervention befugt - es reicht die bloße Behauptung. Keineswegs sei, so die Verfassungsrichter, hiermit eine strukturelle Veränderung des ursprünglichen Vertrages über ein "klassisches Verteidigungsbündnis" verbunden, dem der Bundestag 1955 zugestimmt hatte. Denn andere militärische Einsätze als den gegenseitigen Beistand im Bündnisfall regle der NATO-Vertrag nicht ausdrücklich und daher seien "auch Krisenreaktionseinsätze erlaubt, ohne daß dadurch der Charakter als Verteidigungsbündnis in Frage gestellt würde." <

Die Breshnew-Doktrin, verkündet im Oktober 1968, besagte in dürren Worten: Was sozialistisch geworden ist, wird sozialistisch bleiben und wird von der Sowjetunion geschützt bzw. verteidigt werden, gegen einen äußeren und inneren Feind.

Müssen wir uns mit dem "euro-atlantischen Internationalismus" abfinden oder besteht eine Möglichkeit, den Frieden wenigstens von Europa aus zu erhalten?

Wir müssen uns mit der us-amerikanischen Kolonialpolitik nicht abfinden! Wir müssen uns im eigenen Interesse von dem neuen Kolonialismus politisch und militärisch, und wenn nötig, auch wirtschaftlich absetzen. Die us-amerikanischen militärischen Stützpunkte in Europa müssen zu unserer Sicherheit aufgelöst werden. Mit größtem diplomatischen Geschick kann Europa, im Zweifelsfall auch die Bundesrepublik Deutschland alleine, die wirtschaftlichen Interessen in Afrika und Asien absichern. Wir können dabei auf das Militär völlig verzichten, indem wir ein gut ausgerüstetes Technisches Hilfswerk (ohne Waffen!) bereitstellen, um bei Katastrophen zu helfen. Wir gehen natürlich auch nur dort ohne Waffen hin, wo Waffen geächtet werden. Wir verkaufen keine Waffen mehr.

Das ist kein Traum. Rüstung ist für die Völker ein Wohlstandshemmnis.

Zugegeben, in diesem Worten steckt mehr Zukunftsoptimismus als harte Gegenwartsrealität. Die US-Amerikaner liefern laut Nachrichten aus dem Juli/August Waffen im Wert von 30-35 Milliarden Dollar in den Nahen Osten. Die österreichische Tageszeitung *Die Presse* nennt am 21. Juni drei Gründe: > Druck auf den Iran <, > Druck auf Syrien und die Hisbollah < und > Erkaufen von Wohlverhalten im Irak <. Die Liste kann erweitert werden.

Japan, Westeuropa und die ölfördernden arabischen Staaten finanzieren schon seit langem das Handels- und Haushaltsdefizit der Vereinigten Staaten. Neuerdings kommt auch noch die Volksrepublik China hinzu. Die Finanzierung erschien ziemlich stabil. Es scheint aber so zu sein, daß der übergeschnappte Anspruch der us-amerikanischen Oligarchie auf alle Rohstoffe dieser Erde und auf eine totale Welt-Herrschaft nach dem Fall des "Eisernen Vorhangs" den Beginn einer "Götterdämmerung" ein-

leitet hat. In Japan, China und den ölfördernden arabischen Staaten scheinen sich Widerstände zu bilden, natürlich sehr unterschiedlicher Art. Diese Widerstände sind immer noch zarte Pflänzchen. Nur in Westeuropa sind die Mythen des American Way of Life, vom selbstlosen "Befreier vom deutschen Faschismus", vom Retter vor dem "Bolschewismus" und von der wirtschaftlichen Abhängigkeit Europas noch weit verbreitet. Die us-amerikanische Oligarchie hat die weitgehend freiwillig gleichgeschaltete "veröffentlichte Meinung" in Europa fest in ihrer Hand.

Ich kann mir kaum vorstellen, daß die aktuelle Finanz- bzw. Immobilienkrise unmittelbaren Einfluß auf Krieg und Frieden hat. Sie ist ein Teil einer "globalen Sinnkrise" und einer kollektiven Angst vor neuen Ideen. Sie kommt zustande, weil auf der einen Seite mafiöse Strukturen des staatlich-oligarchisch geschützten Betruges bestehen (die Banken und das Geldwesen) und auf der anderen Seite die Angst, sich z.B. mit den Ideen des Nationalökonomens Silvio Gesell und des Demokratiereformers Artur Mahraun zu beschäftigen. Diese Ideen könnten vielleicht durch ihre formende Kraft den Völkern Frieden und Freiheit bringen. Wir könnten in Deutschland damit anfangen.

Wir müssen uns mit aller Kraft gegen einen globalisierten Krieg, der nichts anderes als ein Welt-Bürgerkrieg ist, wenden. Wer kann seinen Kindern und Kindeskindern, unserer Jugend, noch in die Augen sehen, wenn es uns nicht gelingt. □

Textsplitter

(D.K.) Merkel und Sarkozy haben Mitte Juli 2007 für den EADS-Konzern eine deutsch-französische Hackordnung vereinbart, die mit Sicherheit die internationale Gruppe der Investoren (Kapitalbesitzer) zufrieden stellen wird. Die Mischung von Staatsbetrieb (Steuergelder) und Investoren garantiert hohe Profite für die so genannten Kapitalgeber.

EADS/Airbus ist in erster Linie ein gigantischer Rüstungskonzern, was ja auf Nachfrage nicht bestritten wird. Airbus mit dem Großraumflugzeug A 380 ist eines der zivilen Mäntelchen, welches auf der Modenschau dem europäischen Steuerzahler zur allgemeinen Täuschung vorgeführt wird. Auch bei dem A 380 geht es in erster Linie um eine Großraum-Frachtmaschine, die auch sperrige militärische Güter in weit entfernte Kriegsgebiete transportieren kann. Experten waren zwar der Meinung, daß es das entsprechende Tupolew-Modell (oder auch Antonow?) aus der Russischen Föderation wesentlich preiswerter tun würde, aber, woher sollen Investoren und Politiker wissen, wo im nächsten Krieg die Frontlinien verlaufen? Also, Mitbürger. Ihr finanziert doch gerne Kriege, solange Ihr wenigstens 3,5 % Zinsen auf Eure Spareinlage bekommt (kriegt = kommt von Krieg).

Gefunden auf der Internetseite www.finanzen.net und von mir gekürzt: FRANKFURT/LEIPZIG (dpa-AFX) - Nach dem Milliarden-Debakel der Sachsen LB und der IKB Deutsche Industriebank am US-Hypothekenmarkt sehen Experten weit mehr deutsche Banken betroffen als bislang bekannt. "Das ist erst die Spitze des Eisbergs", sagte Prof. Dirk Schiereck von der European Business School (ebs) in Oestrich-Winkel. Der Bund der Steuerzahler warnte vor einem finanziellen Desaster für den Freistaat Sachsen, falls er als Träger für Verluste der Landesbank einspringen müßte. Die Sachsen LB, die kleinste deutsche Landesbank, war mit einem Kredit der Sparkassen-Gruppe über 17,3 Milliarden Euro vor einer Zahlungsunfähigkeit bewahrt worden. Wie teuer sie die Fehlspekulation mit Immobilienanleihen letztlich zu stehen kommen wird, ist aber nach wie vor offen. International beruhigten sich die Börsen und Finanzmärkte am Montag noch etwas weiter. Nach Branchenschätzungen könnten die deutschen Banken mit rund 148 Milliarden Euro in Geschäften mit minderwertigen Immobilienkrediten ("Subprime") engagiert sein - bislang wurde erst das mögliche Ausfallrisiko bei der Mittelstandsbank IKB und der Sachsen LB von insgesamt 25 Milliarden Euro bekannt. "Das werden definitiv nicht die einzigen Banken gewesen sein - da wird noch sehr viel herauskommen", sagte der ebs-Professor der dpa. "Meine Befürchtung ist, daß es vor allem bei den Landesbanken noch einige gibt, die in die Krise geraten werden." Die Wirtschaftsankunft Creditreform warnte, daß die Krise deutschen Unternehmen den Zugang zu Krediten erschwert und dadurch die Zahl der Pleiten steigen könne. Die Probleme mit der Liquidität und Vertrauensverluste in der Bankenwelt hätten mehr Vorsicht im Risikomanagement zur Folge, sagte Creditreform-Präsident Uwe von Padberg dem "Handelsblatt" (Dienstag). "Das dürfte dazu führen, daß die Mittelzuflüsse geringer, die Konditionen härter werden." DSGVO (Deutscher Sparkassen- und Giroverband)-Präsident Heinrich Haasis sagte dem "Handelsblatt", mit Verlusten sei für die Beteiligten der Rettungsaktion nicht zu rechnen. "Schließlich stellen wir nur die Liquidität sicher, wir geben keine Garantien." Gibt es Verluste durch Kreditausfälle, gingen diese zu Lasten der Bank, danach müßten deren Träger einspringen. Da die betroffenen Geschäfte noch in die Zeit der Gewährträgerhaftung zurückreichen, könnte am Ende Sachsen für Verluste einstehen müssen. "Das überfordert das Land und wäre ein Desaster", mahnte Knut Schreiter, Vorstandsmitglied im Bund der Steuerzahler Sachsen, im Berliner "Tagesspiegel" (Dienstag). Das Bundesfinanzministerium prüft, inwieweit die jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten in der anstehenden Neufassung der Finanzaufsicht berücksichtigt werden müssen. ... Die Sachsen LB hatte über die Gesellschaft Ormond Quay in rendite-reiche, aber auch riskante Geschäfte mit US-Immobilienanleihen investiert. Die Krise am amerikanischen Hypothekenmarkt, die ausbrach, nachdem Schuldner mit schlechter Bonität massenhaft ihre Kredite nicht mehr tilgen konnten, traf des-

halb auch sie hart. Es drohte ein Liquiditätspass, den die Rettungsaktion verhinderte.

Ich bin kritisiert worden, daß ich manchmal mehr aus FREITAG zitiere, als selbst zu schreiben. Mich begeistert es aber, daß es Autoren gibt, die manches besser ausdrücken können, als ich es kann. Ich bin zwar auch eitel, aber nicht so sehr, daß ich nicht erkenne, daß andere manches besser können. Ich denke auch, daß der Informationswert des Kommentar- und Informationsbriefes steigt.

In der Ausgabe vom 24. August schreibt Dipl.-Päd. Jürgen Rose, Oberstleutnant der Bundeswehr, unter der Überschrift **Die Demokratie entläßt ihre Kinder** u.a. > *Getreu dem altbekannten Motto, daß der Fortschritt eine Schnecke ist, scheint nun aber die "alte Tante SPD" in Bewegung zu geraten. Nach jahrelangen, fast schon querulantenhaften Bemühungen von Par-*

teilinken und so genannten "Netzwerkern" meint offenbar der SPD-Vorstand die Forderung nach einem Ende der Wehrpflicht nur dadurch abwehren zu können, indem er für den anstehenden Parteitag in Hamburg einen Leitantrag durchwinkt, mit dem die Einführung einer "freiwilligen Wehrpflicht" (!) angestrebt wird. Was die geistige Substanz einer solchen Formel angeht, hätte die SPD ebenso gut ankündigen können, sie wolle demnächst schwarze Schimmel züchten. Wer noch alle Tassen im Schrank hat, kann angesichts dieser terminologischen Chimäre nur noch in schallendem Gelächter ausbrechen. Jenseits aller kabarettistischen Glasur offenbart der Vorgang freilich erneut den bedenklichen Umgang, den die Sozialdemokratie mit Grundgesetz und Menschenrechten pflegt. Für den Fall nämlich, daß sich für den künftig angeblich freiwillig abzuleistenden militärischen Ehrendienst nicht genügend Dienst-

freudige finden, soll zuletzt doch wieder staatlicher Zwang zum Zuge kommen. Und dies obwohl die sicherheitspolitische Lage - Deutschland ist bekanntlich "von Freunden umzingelt" (Volker Rühle) - einen derart tiefen Eingriff in das persönliche Freiheitsrecht des einzelnen Bürgers längst nicht mehr legitimiert, wie schon 1995 der ehemalige Bundesverfassungsrichter und Bundespräsident Roman Herzog völlig zu Recht moniert hatte. Ohne eine existenzielle Notlage für das Gemeinwesen aber verbietet das Grundgesetz die zwangsweise Indienstnahme seiner Bürger. Was jedoch die traditionell einem maßvollen staatlichen Autoritarismus nicht abgeneigten Genossen wenig beeindruckt. Ebenfalls nicht zu imponieren vermag ihnen offenbar der Umstand, daß die von der Bundesrepublik eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen Zwangsarbeit untersagen - auch in einer "milden Form". < □

(D.K.) Das nachstehende Interview habe ich der Wochenzeitschrift FREITAG vom 9. August 2007 entnommen.

Eingebunkert für 40 Jahre

Das Gespräch führte Lutz Herden

IM GESPRÄCH: Der CDU-Sicherheitspolitiker Willy Wimmer (MdB) über den Unwillen der Amerikaner, den Afghanistankrieg zu beenden, und den Unwillen der Bundesregierung, über einen Ausstieg nachzudenken.

Abkürzungen sind im Textrahmen erklärt. Kanada könnte bis 2009 seine Soldaten aus Afghanistan abziehen, in Südkorea ist die Entscheidung für einen Rückzug bereits gefallen - in Italien bleibt die Militärpräsenz am Hindukusch heftig umstritten. Allenthalben werden die Exit-Erwägungen mit der prekären Sicherheitslage begründet. Auch in Deutschland ist die Debatte entbrannt, da im Herbst der Bundestag die Mandate für die deutsche Beteiligung bei ISAF und OEF sowie den Tornado-Einsatz verlängern soll.

FREITAG: Sie haben jüngst nach einem Gespräch mit dem afghanischen Präsidenten gesagt, Hamid Karzai habe Ihnen erklärt, die Amerikaner hätten den Krieg in Afghanistan vor drei Jahren beenden können, aber sie wollten nicht. Habe ich Sie richtig zitiert?

WILLY WIMMER: Genau das hat Karzai bei dieser Begegnung gesagt, und für mich stand außer Frage: Es kann keinen besseren Kronzeugen für eine solche Einschätzung geben als den Präsidenten selbst, der aus einer komplexen Sicht urteilt.

Was sollte die Amerikaner veranlaßt haben, so zu handeln, wie sie es nach Karzais Eindruck getan haben?

Da kommt man auf eine Bandbreite von Gründen, sie reichen von politischer Unfähigkeit bis zu dem Versuch, sich in der Region auf Jahr-

zehnte festzukrallen. Dafür sprechen auch britischen Äußerungen, die jüngst in Berlin zu hören waren: Man müsse sich auf 40 Jahre Präsenz in Afghanistan einrichten.

Worauf beziehen Sie sich da?

Auf Berichte über einen Vortrag von Verteidigungsminister Jung, bei dem hohe britische Offiziere anwesend waren. Wenn man das hört, entstehen natürlich erhebliche Zweifel am deutschen Engagement. Das ISAF-Mandat besagt, man soll einen konstruktiven Beitrag leisten, um die afghanischen Autoritäten zu etablieren und den Frieden zu sichern. Nur was gilt davon noch, wenn die Amerikaner mit Blick auf künftige Konkurrenten wie China und Indien in Afghanistan den Dauerkonflikt suchen? Oder ihre Präsenz wegen der Konfrontation mit Teheran unbedingt aufrechterhalten wollen? Wenn man allein das ins Kalkül zieht, ist die eingangs zitierte Aussage von Karzai für uns eigentlich in hohem Maße erschreckend.

Weil der US-Präsenz in Afghanistan ein geostrategisches Motiv zugrunde liegt, das weit über den beschworenen Kampf gegen den Terror hinausgeht?

Eindeutig. Wir haben schon 1999 beim Krieg gegen Jugoslawien, als der Begriff von der "humanitären Intervention" bemüht wurde, erlebt, wie man Fassaden aufbaut, um einen Militäreinsatz zu begründen. Die USA nutzen von "humanitärer Intervention" bis "regime change" alle Kampfbegriffe, die seitens der Briten im 19. Jahrhundert verwendet wurden, um unter globalen Aspekten ihre Kolonialinteressen durchzusetzen. Die hinter der Fassade verborgenen Ziele sind oft alles andere als humanitärer Natur. Nehmen Sie das Beispiel Darfur, hier werden nie geostrategische Erwägungen genannt, wenn man die schwierige Lage im Sudan zum Anlaß nimmt, um Interventionsvarianten durchzuspielen. Das Gleiche findet seit Jahrzehnten in Zentralasien statt, wo sich die Amerikaner den Zugriff auf Bodenschätze längst gesichert haben, die im 21. Jahrhundert von existenziellem Wert sind.

Demnach sichert die Bundeswehr in Afghanistan geostrategische Präventionen der USA ab. Wenn das Bild so gezeichnet werden muß, wie es der afghanische Präsident getan hat, besteht kein Zweifel, daß es neben den Gründen, die in Deutschland für unser Engagement genannt werden, andere Motivlagen gibt, die durchschlagender sind.

Auch die prekäre Lage in Pakistan?

Die für Präsident Musharraf im Amt verbleibende Zeit muß eher in Wochen als in Jahren gemessen werden. Er kann seit geraumer Zeit seinen festungsartigen Sitz in Islamabad nicht mehr verlassen - es sei denn, er riskiert, Opfer eines Anschlags zu werden. Das ist die bedrückende Lage für ein Land, das - durch westen Hilfe auch immer - Nuklearwaffen besitzt und in einem unerklärten Krieg mit Afghanistan steht. Ein Konflikt, bei dem es um Lebensraum für paschtunische Stämme geht, die etwa 30 Millionen Menschen zählen. Ihr Zusammenhalt ist durch die alte britisch-russische Kolonialgrenze schwer beeinträchtigt. Nun wird zu allem Überfluß das Grenzregime immer rigider, damit Pakistan nicht auseinander fällt. Die Paschtunen wehren sich mit allen Kräften gegen diese Restriktionen - und ein Teil dieses Widerstandes sind die Taleban. In Islamabad kann man übrigens hören, daß die USA zu den Taleban nach wie vor gute Kontakte unterhalten.

Präsident Karzai ist auch Paschtune, wie verhält er sich zu diesem unerklärten Krieg?

Vor Wochen gab es Fernsehbilder aus Washington, bei denen die Herren Bush, Musharraf und Karzai auftraten. Die Szenen erweckten den Eindruck einer nonverbalen Kriegserklärung. Zwischen den Präsidenten Afghanistans und Pakistans herrschte alles andere als Einvernehmen. Die Beziehungen sind auf das Äußerste gespannt, was nichts mit dem internationalen Terrorismus zu tun hat, sondern mit seit Jahrzehnten gärenden Gegensätzen und dem Willen der Paschtunen, in einem Stammesgebiet zu leben. Das freilich gefährdet neben den separatistischen Tendenzen in Belut-

Im Herbst soll der Bundestag die Mandate verlängern für:

International Security Assistance Force (ISAF)

Das Mandat für dieses internationale Kontingent erteilte der UN-Sicherheitsrat am 20. Dezember 2001, ein erstes Mehrheitsvotum für eine deutsche Beteiligung gab der Bundestag am 22. Dezember 2001 ab. Die derzeit etwa 31.000 Soldaten umfassenden ISAF-Formationen werden seit August 2003 von der NATO geführt. Ursprünglich auf Kabul und Umgebung begrenzt, umfaßt das ISAF-Operationsgebiet inzwischen das gesamte Territorium Afghanistans.

Operation "Enduring Freedom" (OEF)

Von der US-Regierung im Oktober 2001 ohne UN-Mandat begründete Militärkoalition, die sich nach den Anschlägen vom 11. September 2001 auf das Recht zur kollektiven Selbstverteidigung (Art. 51 der UN-Charta) beruft. OEF-Verbände operieren am Horn von Afrika wie im Indischen Ozean. Die 8.000 bis 10.000 Mann starken OEF-Einheiten in Afghanistan (vor allem aus den USA und Großbritannien) stehen im Süden und Osten des Landes. Das Mandat für einen deutschen Part bei OEF wurde im November 2001 erstmals vom Bundestag erteilt.

Den Tornado-Einsatz

Vom Bundestag am 9. März 2007 bei 157 Nein-Stimmen beschlossen, befristet bis zum 13. Oktober 2007. Sechs Recce-Tornados (von "Reconnaissance"/Aufklärung) sind in Mazar-e-Sharif im Nordosten Afghanistans stationiert und unterstehen der ISAF, die sie durch Luftüberwachung unterstützen sollen. Es fanden bisher über 150 Flüge statt.

schistan, Karatschi oder im Punjab die staatliche Existenz Pakistans, weil Afghanistan dank der Paschtunen sein eigenes Staatsgebiet ausdehnen könnte.

Wo stehen dabei die Amerikaner?

Im Moment tun sie alles, um die Grenze zwischen beiden Staaten möglichst undurchdringlich zu machen. Nur wollen sich die paschtunischen Stämme entlang dieser 2.600 Kilometer langen Linie schlicht nicht vorschreiben lassen, wo sie zu leben haben. So wird der Kampf gegen ein ganzes Volk geführt - die Taleban profitieren davon.

Eine undurchdringliche Grenze - das heißt?

Minenfelder und Stacheldrahtzäune. Vor allem aber sind in den nördlichen pakistanischen Gebieten an der Grenze zu Afghanistan auf Wunsch der Amerikaner 80.000 pakistanische Soldaten stationiert worden. Bezeichnenderweise haben die Pakistanis die zivilen Opfer, die es bei US-Luftangriffen in der Region gab, auf die eigene Kappe genommen, um nicht den Eindruck zu erwecken, sie hätten dort nichts mehr zu sagen.

Warum wird angesichts all dessen hierzulande so wenig über politische Exit-Strategien für Afghanistan nachgedacht?

Weil man sich nicht eingestehen will, in welches Interessengeflecht wir geraten sind. Blickt man auf die neunziger Jahre zurück, so haben die USA seinerzeit alles getan, um die Erdöl- und Erdgas-Zufuhr aus Zentralasien - aus Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan - nach Pakistan und Indien unter ihre Kontrolle zu bekommen. Das ist ein wesentlicher Grund für all das, was uns heute um die Ohren fliegt. Wenn wir nun allerdings einmal in dieser Region sind, muß es die dringende Forderung an die Bundesregierung geben, endlich alles dafür zu tun, unsere Truppen wieder abzuziehen. Das ist freilich zu einer Zeit, in der Frank-Walter Steinmeier Außenminister ist, höchst schwierig. Der war Chefarchitekt der Politik Gerhard Schröders, die uns in dieses Abenteuer hinein gezogen hat.

Ohne Politikwechsel kein Abzug ...

... deshalb muß in der NATO und im Sicherheitsrat eine andere Politik betrieben werden,

muß die Regierung Bush bereit sein, bei der von ihr geführte Operation Enduring Freedom das Völkerrecht einzuhalten und den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzuerkennen, damit dort Völkerrechtsverletzungen geahndet werden können. Stattdessen kommt die jetzige Kriegführung in Afghanistan einer Dauerproduktion von Gegnern gleich, mit denen sich letzten Endes auch die Bundeswehr in ihren Stationierungsgebieten herumschlagen muß. Es kann auch nicht weiter so bleiben, daß 900 Euro für den Militäreinsatz ein Euro für die zivile Wiederaufbauhilfe gegenübersteht, wenn man die Gesamtausgaben ins Verhältnis setzt. Und wir müssen zugleich einen politischen Dialog mit den Stammesältesten führen, um das Land zu befrieden. Aber wenn ich nur hingehe und die Leute zusammenbombe ohne Rücksicht darauf, ob es Kämpfer oder Zivilisten sind, kann das nur noch ein schreckliches Ende nehmen. Die von den Briten anvisierten 40 Jahre klingen dann sehr realistisch.

Demnächst wird der Bundestag über verlängerte Mandate für ISAF, Enduring Freedom und den Tornado-Einsatz entscheiden. Rechnen Sie mit Überraschungen?

Wer für eine Verlängerung dieser Mandate unter den beschriebenen Bedingungen stimmt, der ist dafür, daß wir am Hindukusch auf Dauer militärisch präsent sind, und zwar nicht mehr als Freunde, sondern eingebunkert und in Sorge um das eigene Schicksal. Der trägt dazu bei, daß wir in Afghanistan festgehalten werden aus Gründen, die in der ausschließlichen Entscheidungskompetenz eines anderen Staates stehen.

Der Vereinigten Staaten.

So ist es.

Gehören Sie zu denen, die sagen, man soll sich aus OEF zurückziehen, aber bei ISAF bleiben?

Zunächst einmal, wenn heute die Bundesregierung vom Parlament verlangt, die bewußten drei Mandate zu verlängern, trägt sie dazu bei, daß wir Afghanistan möglicherweise demnächst unter unwürdigen Bedingungen verlassen müssen. Ich habe den afghanischen Präsidenten auch deshalb zitiert, um deutlich zu machen, daß es vor drei Jahren bessere Kon-

ditionen für ein deutsches Engagement in Afghanistan hätte geben können, wenn sich die damalige Bundesregierung bemüht hätte, Einfluß auf die Amerikaner zu nehmen. Mir ist nichts davon bekannt, daß Gerhard Schröder oder Frank-Walter Steinmeier das je versucht haben.

Sie sind dagegen, die drei Mandate zu verlängern.

Ausgesprochen deutlich und dies gemeinsam mit meinem CSU-Kollegen Peter Gauweiler. Ich bin von Anfang ein Gegner jeder Art von militärischem Engagement am Hindukusch gewesen. □

Kleiner Kulturspiegel

(D.K.) August Strindberg scheint "modern" zu sein. In der Juni-Ausgabe berichtete ich über die Inszenierung *Totentanz* durch Thomas Langhoff im *BERLINER ENSEMBLE Theater am Schiffbauerdamm*, diesmal berichte ich über die Inszenierung von *Fräulein Julie* in der *TRIBÜNE* in Berlin-Charlottenburg durch Anna Langhoff. Ich sah die Aufführung am 30. Juni 2007.

Arbeitet sich die Langhoff-Familie an Strindberg ab, oder ist es reiner Zufall, daß sich Kusine und Kusine am gleichen Schriftsteller versuchen? Während es Thomas Langhoff gelungen war, den Inhalt von Strindbergs *Totentanz* spannend und bewegend auf die Bühne zu bringen, kann mit Fug und Recht behauptet werden, daß Anna Langhoff das Thema eines *naturalistischen Trauerspiels* verfehlt hat.

Formal wird die Handlung mit einem tatsächlich naturalistischen Bühnenbild nahezu klicheehaft und ebenfalls naturalistisch "abgespielt": ein etwas exzentrisches adliges Fräulein verführt den Diener ihres Vaters. Dieser Diener ist wiederum mit der Köchin liiert, die in dem aufgeregten Spiel fast ein ruhender Pol ist. Wo jedoch Strindbergs *Trauerspiel* stattfindet, blieb dem Rezensenten verborgen. Die Inszenierung hat absolut keinen Biß. Ich habe mich gefragt, wo der (gesellschaftskritische) Strindberg geblieben ist.

Die Zuschauer waren offensichtlich der gleichen Meinung. Es waren an diesem Sonnabend ca. 25 Theaterfreunde bzw. -freundinnen gekommen, die ca. 300 Plätze zur Verfügung hatten. Die Schauspieler taten jedem leid, so daß 50 Hände doch noch einen ordentlichen Beifall spendeten.

Ach ja, die Schauspieler. Der Diener Jean wurde von Alexej Schipenko - Schauspieler und Komponist - gespielt. Alexej Schipenko hat auch die Musik zu *Fräulein Julie* geschrieben, nichts auffälliges, obwohl ich an dieser Stelle die provokatorische Frage stellen muß, warum heutzutage zu fast allen (klassischen) Theaterstücken (moderne) Musik, die ursprünglich nicht vorgesehen war, gespielt werden muß. Die zweite Frage stelle ich mir auch immer wieder: Warum lernen Schauspielerinnen und Schauspieler an den deutschen Schauspielschulen nicht, deutlich und klar zu sprechen und nicht zu nuscheln. Alexej Schipenko ist ein gebürtiger Russe und seit 1990 in Deutschland. Im normalen sprachlichen Umgang würde ich sagen, er spricht ein vorzügliches Deutsch und ich beneide ihn, denn ich werde vermutlich nie eine Fremdsprache so gut sprechen können. Diese positive Bemerkung reicht aber nicht für die Bühne. Akzent und Nuscheln ist der absolute Sprachtod für das Sprech-Theater.

Ich habe mir das Reclam-Heftchen *Fräulein Julie* von August Strindberg für € 2,60 gekauft und mit Vergnügen das Vorwort zur Erstausgabe gelesen. Ich gestehe, daß sich mein Vergnügen auf die "frauenpolitischen Äußerungen" des gefeierten Dichters beziehen, nicht, daß ich

diese Äußerungen teile, sondern weil Strindberg den Mut hatte, sie zu tun.

1888 entstand *Fräulein Julie*, angeregt vom Programm des kleinen "Théâtre Libre" in Paris, das mit naturalistischen Einaktern berühmt geworden war. Über die Uraufführung von Strindbergs *Fräulein Julie* steht auf der Programm-DINA4-Doppelseite der *TRIBÜNE* folgendes: > *Fräulein Julie* durfte aufgrund des für skandalös erachteten Inhalts nur im Rahmen der geschlossenen Veranstaltung uraufgeführt werden, und zwar am 14. März 1889 im Kopenhagener Studentenverein. <

Ja, das war einmal, das mit dem skandalös erachteten Inhalt!

Die Premiere in der *TRIBÜNE* fand am 14. Juni 2007 statt. □

Leserbriefe

Sehr geehrter Herr Kersten, vielen Dank für die Zusendung des NP-Rundbriefes Juni 2007. Schön, daß Sie den Solarenergieförderverein Aachen erwähnt haben. 100% regenerative Energie sind kein technisches oder finanzielles Problem sondern nur eine Frage der Vorstellungskraft und natürlich des Mutes, die eigene Macht zu nutzen. Bis vor knapp 300 Jahren gab es sowieso nur regenerative Energien. Millionen Menschenjahre lang. Und das soll jetzt mit unserer ach so modernen Technik nicht gehen? Das Negativbeispiel liefert der Artikel über das Buch von Uwe Danner auf derselben Seite, wo es heißt: "...Die Regenerativen Energieträger wie Wind, Sonne und Biomasse boomen. Das Angebot wird jedoch kaum ausreichend sein, die Lücken in der zukünftigen Energieversorgung zu schließen." So ein Quark. Was für eine hoffnungslose Bankrotterklärung! Das muß man mal wirklich durchdenken: Es wird Lücken in in der Energieversorgung geben und die lassen sich nicht schließen! Ja was dann? Daß man Sparen muß und kann (Wir sind zu viert und verbrauchen 1800 kWh Strom im Jahr, 4000 kWh ist der deutsche 4-Personen-Durchschnitt. Davon kommt mehr als die Hälfte sowieso aus unseren Solaranlagen und der Rest aus regenerativen Quellen von den EWS Schönau. Bitte Versorger wechseln! Ist jetzt schon billiger als Dreckstrom! Das Einzige, was uns abgeht ist der Fernseher und den will ich nicht mal, wenn man mir den Strom bezahlt.) Deutsche Ingenieure (bin selbst einer) sind Weltmeister im Entwickeln von Energiewandlern (Verbrennungsmotoren, Windgeneratoren, Solarzellen Mischdampfkraftwerke vom Physiker Schaeffer....). Wir machen das schon, wenn endlich der Bürger (und er ist auf bestem Wege dazu) sein Geld dafür und nicht für Daimlerporsches ausgibt. Dafür ist ja auch jede beliebige Menge Geld da. Der Wolf v. Fabek vom SFV ist auch so ein unermüdlicher Bohrer wie Sie. Reden Sie mal mit dem! Sie werden sich sicher hervorragend verstehen.

Ja, und dann möchte ich 100 Jahre alt werden, weil ich einfach zu neugierig drauf bin, wie der

Laden weiterläuft.

Im Übrigen weiterhin frohes Schaffen wünscht Ihnen Ihr Josef Foglszinger

27. Juni 2007



(D.K.) Bereits zweimal habe ich das Buch unseres Lesers Enrique Heymann > *Ein- und Ausfälle eines Hundertjährigen* < redaktionell angeboten. Sie finden das Buch der beiliegenden Bestellliste. In einer Sonderaktion bis zum 15. Oktober will ich Ihnen das Buch für € 10,00 ausnahmsweise ohne Versandkostenpauschale anbieten. Überweisen Sie € 10,00 mit dem Stichwort Heymann. Enrique Heymann wohnt in Buenos Aires/Argentinien und ist inzwischen 101 Jahre alt. Er hat im ARGENTINISCHEN TAGEBLATT vom 28. Juli 2007 wieder einen Leserbrief veröffentlichen lassen, der seine Fähigkeit zur Ironie besonders sichtbar macht. In Argentinien finden bald Wahlen statt und die Frau des jetzigen Präsidenten Kirchner stellt sich der Präsidentenwahl. Grund genug, zu spotten und zu vergleichen.

Wahlen

Buenos Aires: In der letzten Zeit konnte man beobachten, dass einige Staatsoberhäupter an Müdigkeitserscheinungen litten und deshalb ihren Gattinnen ihren eigenen Job anboten, was in unserem Falle mit Enthusiasmus und explosiver Rührigkeit akzeptiert wurde. Wir lesen in der New York Times, daß Bush diesbezüglich bereits Gespräche mit Laura geführt habe, wobei Laura mehrere Male Freuden- und Schreckensanfalle erlitt. Sie fragte ihn sofort, was sie mit Irak tun solle. Er sagte: "Das weiß ich nicht", worauf sie zufrieden entgegnete: "Also bin ich befähigt für diesen schweren Job." Bush mußte sich kürzlich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen, worauf Hillary und Bilary kaum giftig bemerkten: Er ging mit einem Leberleiden und kam leider lebend zurück. Ein garstiges Aperçu. Man sollte einen Kollegen nicht verunglimpfen. Verglimpfen wir ihn lieber. Glücklicherweise ist, wer vergißt, was ein Wahlversprechen ist.

Enrique Heymann



Lieber Herr Kersten,

Es ist nicht wichtig. Nur nebenbei zu "Geld muß fließen":

1) Die "Betriebswirtschaftslehre" ist keine Wissenschaft. Die Theorie dieser Lehre ist märchenhaft. Sie beruht auf der Annahme "angenommen, es wäre, dann", oder "Wenn, dann", bzw. "Gesetzt den Fall, dann wäre" Es ist so eine "Es-war-einmal-Methode". Die beliebte Märcheneinleitung. (Die mathematischen Modelle liefern als Erkenntnisse nur das, was man "zuvor durch Auswahl der Voraussetzungen in sie hineingesteckt hat".)

2) Beim Geldfluß - besonders dessen Störung durch Horten oder Umwandlung in Kapital - sind zwei Kräfte am Werk. Beide sind die Folge von Zielprojektionen,

2.1) Hortung von Kapital zur Ausübung von Macht, Ansehen, Bonität, Geltung, Einfluß, Ruf und von Diktaturstüchtigen. Die Gewinnstreber der Multis gehören dazu.

2.2) Eine Mehrheit von Menschen, die sich während ihres Arbeitslebens einen Fundus schafft, der ihr ein möglichst sorgenfreies Alter und Auskommen garantieren soll. (Die Leute wissen, daß sie alt und arbeitsunfähig werden.)

2.3) Das Kapital der Knechte und Proletarier waren ihre Kinder. Die sollten ihren Obolus in Form von Altersfürsorge und -betreuung entrichten. (Auch als Dankeschuld.) Viele Kinder = mehr Chancen für eine Altersversorgung. Je besser Kindererziehung und -ausbildung, desto gewisser die Aussicht für eine gute Versorgung.

3) Die Wirtschaft verlangt nach sicheren, wirtschaftsfreundlichen "Rahmenbedingungen". Die Mehrheit der Menschen - die sich einen Fundus für Kindererziehung und ihre existenzielle Sicherheit im Alter erarbeiten "muß" (anders geht's nicht) - brauchen sie indessen wohl ebenso.

Man kann diese Gedanken jetzt weiterdenken und sich überlegen, wer mehr zum allgemeinen Wohlstand beiträgt und letztendlich jede Zeche bisher bezahlt hat. Und auch jetzt noch bezahlt.

Es grüßt freundlich mit allen guten Wünschen, Ihr Oskar Steinacker
Mühlacker, den 12.08.2007

schichte sich in manchem Schicksal von "der anderen Seite" spiegelte und die Frage nach den Opfern oder der Schuld nicht einseitig zu beantworten ist.

Sie beschreiben aber auch, wie sie gemeinsam Spaß hatten, wie neue Hoffnung und Lebensmut aufkeimten, und wie sie sich in Zukunft für einen lebendigen Friedensprozeß von unten einsetzen werden.

Viele dieser Jugendlichen müssen nach der Heimkehr Mut aufbringen, denn die Suche nach Verständigung und Aussöhnung mit "dem Feind" kann für sie harte persönliche Folgen haben.

Das Projekt "Ferien vom Krieg" wurde bisher ausschließlich durch private Spenden und ehrenamtliche Arbeit getragen. Auch im Sommer 2007 sind wieder "Ferien vom Krieg" geplant.



Rechtzeitig zum Tag der deutschen Einheit (3.10.2007) präsentiert Langenscheidt: "Politiker-Deutsch/Deutsch-Politiker" von und mit Maybrit Illner.

Sie finden das Buch in der beiliegenden Bestellliste.

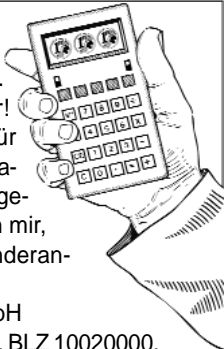
München, 26.06.2007. "Politik verlangt Hingabe" sagte Maybrit Illner, Moderatorin der gleichnamigen ZDF Talkshow, der Wochenzeitung "DIE ZEIT" im Juli des vergangenen Jahres. Diese Leidenschaft, die die waschechte Berlinerin mit dem "Schalk im Nacken" (Kress Report) jeden Donnerstag in ihrer politischen Talkrunde unter Beweis stellt, ist die ideale Voraussetzung für den Langenscheidt Sprachführer "Politiker-Deutsch/Deutsch-Politiker".

Ab 3. Oktober 2007 wird es endlich einfacher, Politiker und ihre oftmals verklausulierte Sprache besser zu verstehen. Ob es sich dabei um die doppelte Verneinung mit rückbezüglicher Bejahung oder um den Unterschied zwischen einem "guten" und "schlechten" Kompromiss handelt, Maybrit Illner sorgt, mit dem nötigen Augenzwinkern, für Durchblick im Sprachdschungel der politischen Kaste.

"Politiker-Deutsch/Deutsch-Politiker", das im gewohnt praktischen Sprachführer-Format von Langenscheidt erscheint, entschlüsselt auf 128 Seiten die gebräuchlichsten Worthülsen, benennt Positionsfloskeln und verrät die Tabu-Begriffe der Politiker-Sprache. Als Extras gibt es die Top Ten der Sommerlochthemen und der Zwischenrufe im Bundestag.

Maybrit Illner, 1965 in Berlin geboren, hat die klassische Fernsehjournalisten-Ausbildung absolviert: Nach ihrem Volontariat in der Sportredaktion des Fernsehens der DDR studierte sie Journalistik in Leipzig, arbeitete in der Sport- und Auslandsredaktion des DFF und moderierte ab 1992 das ZDF-Morgenmagazin. Seit 1999 moderiert sie die politische Talkshow "Maybrit Illner" (früher "Berlin Mitte"), die immer donnerstags abends im ZDF ausgestrahlt wird und durchschnittlich 2,5 Millionen Zuschauer erreicht.

Illner, die parteipolitisch nicht gebunden und für ihren schlichten Pragmatismus bekannt ist, nimmt sich immer wieder zentraler Themen der Politik und Gesellschaft, wie Gesundheit, Rente, Arbeitslosigkeit oder auch RAF an. □



Jedes Lager muß einmal geräumt werden. Auch ein Buchlager! Ich brauche Platz für neue Titel. Deshalb mache ich Ihnen ein Angebot! Sie überweisen mir, mit deutlicher Absenderangabe, auf das Konto NEUE POLITIK GmbH bei der Berliner Bank, BLZ 10020000, Kontonummer 3534323001,

€ 20,-

mit dem Stichwort Bücher und ich schicke Ihnen dafür ein Päckchen mit knapp 2 kg Bücher, Taschenbücher und Broschüren, sortiert, nach meiner Wahl, und nicht nur politische Bücher. Es handelt sich um neuwertige und antiquarische Exemplare. Der Rechnungswert der Bücher liegt garantiert über € 20,-. Eine Versandkostenpauschale wird nicht berechnet. Ein Umtausch ist ausgeschlossen. Das Angebot gilt bis zum 31. Oktober 2007.

Informationen

In der Ausgabe Juni 2007 berichtete ich über die Schweizer Initiative, das Syngenta-Herbizid Paraquat zu verbieten. Am 18. Juli erhielt ich einen Newsletter, u.a. mit folgendem Inhalt: **EU-Gericht pfeift Syngenta zurück. Mit einem bahnbrechenden Entscheid hat das Gericht der Europäischen Gemeinschaften die Zulassung des Syngenta-Herbizids Paraquat als ungültig erklärt. Die EvB, die seit langem auf die unhaltbaren Risiken von Paraquat für die AnwenderInnen hinweist, fordert von Syngenta den sofortigen Produktions- und Verkaufsstopp des Produktes.** [Http://www.evb.ch/p25012964.html](http://www.evb.ch/p25012964.html)

Adresse: Erklärung von Bern (EvB), Quellenstr. 25, Postfach 1327; CH-8031 Zürich, Tel. +41-044-2-777 000, Fax +41-044-2-777 001; info@evb.ch, www.evb.ch



2005 habe ich leider feststellen müssen, daß www.kandidatenwatch.de Zensur ausübt. Der Fall ist nie geklärt worden.

www.kandidatenwatch.de ist eine Internetadresse, die es Ihnen ermöglichte, Ihrem Wahlkreis kandidaten der damaligen Bundestagswahlen online Fragen zu stellen. Das Projekt mündete dann für den Bundestag in www.abgeordnetenwatch.de. Am 3. August wurde mir mitgeteilt, daß es nunmehr auch eine Internetadresse www.abgeordnetenwatch.de für die Bundesländer geben wird.

Ich hoffe, daß die Macher gelernt haben und Zensur nicht mehr vorkommt. □

Buchvorstellungen

Bericht über die Aktion Ferien vom Krieg im Sommer 2006.

Ich biete die Broschüre in der beiliegenden Bestellliste an.

Die Aktion "Ferien vom Krieg" will exemplarisch zeigen, daß es in allen Krisen- und Kriegsgebieten Menschen gibt, die der Propaganda der Kriegsherren nicht mehr trauen und neugierig auf die Perspektive "der Anderen" sind. Die Erfahrung, daß die Kinder und Jugendlichen aus dem "Feindesland" den eigenen Vorurteilen so gar nicht entsprechen, haben in den letzten 13 Jahren ca. 19.000 Teilnehmerinnen aus dem ehemaligen Jugoslawien und über 750 junge Menschen aus Israel und Palästina gemacht. Sie haben für zwei Wochen zusammen unter einem Dach gelebt, in der freien Zeit zusammen Spaß gehabt und in den Seminaren einander zugehört, debattiert, gestritten und Kompromisse gesucht. In vielen Interviews oder kurzen Statements beschreiben die TeilnehmerInnen aller Altersgruppen und aus den unterschiedlichen Krisengebieten, wie sie während der Freizeiten emotionalen Wechselbädern ausgesetzt waren, wie sie erstaunt feststellen mußten, daß die eigene Leidensge-